

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag **sm@rtGermany – digitalVerbunden**

Deutschland muss digitaler werden. Die Digitale Transformation ist die zentrale und bestimmende Aufgabe ganzer Generationen. Sie verändert die Welt. Darauf müssen wir uns vorbereiten, wenn wir unsere freiheitliche Lebensweise auf einem hohen Wohlstandsniveau halten wollen. An der Bewältigung dieser Aufgabe wird sich heute wie in Zukunft die Handlungsfähigkeit Deutschlands und der Europäischen Union entscheiden. Sie wird den Weg vorgeben, den wir als Deutschland in Europa und der Welt gehen werden. Werden wir den Status Quo an gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Fortschritt halten? Werden wir abrutschen? Oder werden wir es schaffen, die digitale Transformation so zu gestalten, dass wir das Leben der Bürger jeden Tag ein Stück einfacher und gleichzeitig unsere Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft fit für die Zukunft machen? Kurz: Dass wir durch die Digitalisierung mehr Chancen für mehr Menschen schaffen?

Wir Freie Demokraten sind fest davon überzeugt, dass das geht. Dafür brauchen wir aber eine andere, eine bessere Digitalpolitik. Denn der großen Koalition mangelt es seit Jahren nicht nur an Fortschritten bei der Digitalisierung. Die Probleme liegen viel tiefer. Es fehlt der Großen Koalition jedwede Vision, wo die digitale Transformation überhaupt hinführen soll, wie man diese Ideen umsetzen kann und welche Prinzipien den Weg dorthin definieren.

Für uns Freie Demokraten sind diese Fragen klar: Unsere Vision einer digitalen Gesellschaft ist eine Vision der wachsenden Chancen für alle. Unser Konzept zur Umsetzung einer besseren Digitalpolitik steht - es trägt den Namen „sm@rtGermany“. Die darin zugrunde gelegten Prinzipien fußen auf der Tradition der ältesten bestehenden Bürgerrechtspartei Deutschlands.

I. Liberale Vision einer digitalen Gesellschaft

Für uns Freie Demokraten stehen die Freiheit jedes Einzelnen und seine Chancen im Mittelpunkt unserer Politik. Wir sind davon überzeugt, dass die Digitalisierung große Möglichkeiten für beides bereithält. So hat beispielsweise das Internet mit seinen Grundprinzipien einen völlig neuen Raum der Freiheit geschaffen. Neutralität, Offenheit, Dezentralität und grundsätzliche Anonymität sind nicht nur die technischen Merkmale,

sondern auch die unabdingbaren Voraussetzungen. Liberale Digitalpolitik setzt sich deshalb weltweit für ein freies Internet und für Meinungsfreiheit im Internet ein. Sie erkennt, dass das Internet keine nationalen Grenzen kennt und die zunehmende Digitalisierung und globale Vernetzung ein unumkehrbarer, globaler Prozess ist, der mit klugen ethischen und moralischen Grundsätzen und dynamischen Regeln jetzt gestaltet werden muss.

Damit jeder die Chancen der Digitalisierung für ein einfacheres und besseres Leben nutzen kann, ist Bildung für uns der Schlüssel für eine gelungene gesellschaftliche Transformation in das digitale Zeitalter und die digitale Eigenverantwortung. Wir wollen diskriminierungsfreien Zugang zu neuen Technologien ermöglichen, sowohl durch Anwendungskompetenz als auch durch Wissen und Zugang zu neuen Technologien.

Zudem schützen wir die Bürgerinnen und Bürger bei der digitalen Transformation vor den Herausforderungen, die sie selbst nicht bewältigen können. Deshalb stehen wir seit jeher klar für die Bürgerrechte im digitalen Raum und für ein freies Internet. Das heißt, wir sind gegen die zunehmende Überwachung von Bürgern und die Einschränkung ihrer Freiheitsrechte im digitalen Raum, wie z. B. beim Einsatz von Upload-Filtern, bei der Vorratsdatenspeicherung oder dem Einsatz von Staatstrojanern und plädieren deshalb für ein Recht auf Verschlüsselung. Die Wahrung und der Schutz von Bürgerrechten, insbesondere der Meinungsfreiheit und des Schutzes privater Daten, ist für uns Aufgabe und Ziel staatlichen Handelns.

II. Liberale Digitalpolitik: sm@rtGermany

Die Digitalpolitik der Großen Koalition folgt keiner klaren Strategie – es gibt weder eine zentrale Koordination noch eine gemeinsame Zieldefinition, geschweige denn konsentrierte Grundregeln für die Digitalisierung in der Zukunft. Vereinzelt Maßnahmen der GroKo können nur als Flickschusterei bezeichnet werden. So hat die Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt kaum Mitarbeiter, geschweige denn finanzielle Mittel. Vereinzelt finden sich in unterschiedlichen Ministerien Referate, die sich einsam und alleine mit der Digitalisierung vor sich hin beschäftigen. Auf diese Weise stolpert die Bundesregierung der weltweiten digitalen Entwicklung hoffnungslos hinterher.

Wir Freie Demokraten sind daher überzeugt, dass wir Digitalpolitik anders organisieren müssen, um einer einheitlichen Digitalen Agenda zu folgen, und zukünftige Entwicklungen zu antizipieren – kurz: um auf der Welle zu surfen, statt in ihr zu trudeln und von ihr letztlich überrumpelt zu werden. Daher muss die Digitalpolitik in Deutschland endlich professionell organisiert werden. Denn sie ist nicht nur zentral für die Zukunftsfähigkeit

Deutschlands, sie ist daneben auch Maßstab für den Glauben der Bürgerinnen und Bürger an die Handlungsfähigkeit der Politik insgesamt. Dafür haben wir unser sm@rtGermany-Konzept entwickelt. Es fußt auf drei Säulen: 1. Treiben der digitalen Kernthemen. 2. Koordination der digitalen Fachthemen. 3. Vorausdenken der digitalen Zukunftsthemen. Nach diesem Dreiklang haben wir deshalb auch die Digitalpolitik in der FDP-Bundestagsfraktion organisiert:

1. Die Digitalpolitiker vertiefen, entwickeln und treiben die Kernthemen der digitalen Transformation.
2. Unsere Fachpolitiker entwickeln die jeweiligen Fachvorhaben der Digitalisierung in ihrem Zuständigkeitsbereich, z. B. e-Health bei Gesundheit oder Legal Techs bei Rechtspolitik. Die Digitalpolitiker begleiten diese Fachvorhaben von Anfang an mit ihrer technischen Expertise und koordinieren die verschiedenen Projekte unter dem Dach des „sm@rtGermany-Konzepts“.
3. Die Stabsstelle Digitalisierung der Fraktion der Freien Demokraten fungiert zusammen mit den Abgeordneten als Thinktank für die Zukunftsthemen der Digitalisierung.

Durch diese Dachkonzeption zur Bündelung der Digitalkompetenz schaffen wir es, bei allen Initiativen digitalpolitische Kernkompetenz einzubeziehen und für alle Initiativen mit digitalpolitischem Bezug sichtbar, greifbar und vor allem adaptierbar zu machen. So behandeln wir die Digitalisierung als Querschnittsthema in allen Bereichen der Politik. Wir verlieren dabei aber nicht, wie die große Koalition, den Überblick, sondern arbeiten koordiniert durch alle Politikbereiche - mit gleichen Vorstellungen, nach gleichen Prinzipien und dem gleichen Ziel. So gestalten wir Digitalpolitik mit unserem Liberalen Kompass aus einem Guss.

Neuorganisation der Digitalpolitik durch ein Digitalministerium

Die Kompetenzerstreuung bei Digitalem der letzten Jahre führt nachweislich nicht zum Erfolg. Wir Freien Demokraten sind überzeugt, dass wir deshalb ein Bundesministerium für Digitalisierung benötigen, das unserem 3-Säulenmodell folgend,

- die Kernthemen der Digitalisierung nach vorne treibt,
- die Fachvorhaben der Fachministerien begleitet und koordiniert und
- mit einem eigenen Thinktank die Zukunftsthemen und Innovationen der Digitalisierung vorausdenkt.

III. Liberale Prinzipien für die Digitale Transformation

Eine Umsetzungsstrategie alleine reicht für gute Politik allerdings noch nicht aus. Vielmehr braucht man Prinzipien, klare Grundregeln, die, aus einer klaren Haltung entstanden, den Weg zum Ziel definieren. Für eine bessere, liberale Digitalpolitik sehen wir Freie Demokraten folgende Grundregeln als unerlässlich an:

Recht auf Privatsphäre

Das Grundgesetz schützt in der digitalen wie analogen Welt das Recht auf Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Abs. 1 i.V.m. Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz) sowie den Schutz der Kommunikation durch das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10 Absatz 1 Grundgesetz). Das IT-Grundrecht, welches das Bundesverfassungsgericht 2008 entwickelt hat, verpflichtet den Staat, die Vertraulichkeit und Integrität unserer IT-Systeme zu gewährleisten; diesen Auftrag muss er auch endlich umsetzen, um unsere „digitale Privatsphäre“ zu schützen. Deshalb fordern wir beispielsweise ein Recht auf Verschlüsselung und sprechen uns gegen die Offenhaltung von IT-Sicherheitslücken aus.

Datensouveränität

Liberale Digitalpolitik sichert die Selbstbestimmtheit in einer zunehmend digitalisierten Welt. Im Sinne der Datensouveränität müssen die Bürger selbst bestimmen können, wer wann Zugriff auf persönliche Daten hat; niemand soll sie gegen ihren Willen nutzen können. Die Datennutzung ist also insbesondere transparent darzustellen, um die größtmögliche Kontrolle und Herrschaft der Nutzer über ihre eigenen Daten zu gewährleisten.

Ablehnung von Massenüberwachung

Der Einsatz neuer Technologien darf nicht zu einer anlasslosen Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten führen. Maßnahmen wie die Vorratsdatenspeicherung oder automatische Kennzeichenerfassung zur Kontrolle von Dieselfahrverboten sind nicht verhältnismäßig und stellen die Bürger unter Generalverdacht. Staatliche Eingriffe in die individuellen Freiheitsrechte zum Zwecke der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung dürfen grundsätzlich nicht über das vom Bundesverfassungsgericht definierte Maß hinaus und nur in begründeten (und strikt zu überprüfenden) Einzelfällen möglich sein. Eingriffe in unsere digitalen Freiheitsrechte beginnen im Kleinen, doch jede Datensammlung weckt weitere Begehrlichkeiten. Das birgt die Gefahr, dass unsere Freiheitsrechte schrittweise ausgehöhlt werden. Deswegen entscheiden sich Liberale im Zweifel immer für die Freiheit, nicht deren Einschränkung.

Transparenz

Open Data und Open Government bedeuten, dass nicht-unternehmensbezogene oder nicht-personenbezogene Daten der Verwaltung in maschinenlesbarer Form grundsätzlich veröffentlicht und frei zugänglich gemacht werden. Eine solche Offenlegung führt zu mehr Transparenz sowie einer größeren Möglichkeit der öffentlichen Teilhabe – das stärkt die Demokratie und das begrüßen wir.

Datenschutz als Grundprinzip

Um es Unternehmen wie auch Anwendern beim Thema Datenschutz so leicht wie möglich zu machen, sollten bei der Entwicklung von Produkten oder Dienstleistungen der Datenschutz anhand von zwei Prinzipien von vornherein mitgedacht werden: Datenschutz durch Technikgestaltung („privacy by design“) und durch datenschutzfreundliche Voreinstellungen („privacy by default“).

Freie Software als erste Wahl

Freie Software ist ein wichtiger Treiber für Innovation und Wettbewerb. Gerade die öffentliche Verwaltung sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen und Vorreiter beim Einsatz freier Software und offener Standards werden. Bei freier Software ist der Quellcode öffentlich einsehbar, dies hat zusätzlich den Vorteil, dass IT-Sicherheitslücken schneller gefunden werden können.

Globale Vernetzung mitdenken

Digitalpolitik wird von uns Freien Demokraten stets im internationalen Kontext gedacht, denn das Internet macht nicht vor Ländergrenzen halt. In Anerkennung der Grenzenlosigkeit des Internets ist uns die Relevanz internationaler Kooperationen bewusst. Wir befürworten daher einen Multi-Stakeholder-Ansatz, bei welchem internationale Kooperationen mittels der Einbeziehung relevanter Akteure aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik international zusammenarbeiten.

Digitale Aufklärung

Zur Wahrung der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger während digitaler Transformationsprozesse denken wir Freien Demokraten bei unseren Digitalinitiativen stets die gegebenenfalls nötigen (Weiter-) Bildungsprozesse mit, um möglichst alle Bürgerinnen und Bürger an den geplanten Initiativen teilhaben lassen zu können. Wir fragen uns: werden spezielle Maßnahmen zur Wissensvermittlung und für die Anwendungskompetenz gebraucht?